



Gemeinde Ruppichteroth

Haushaltsrede 2017/2018

Der Staat erzielt Jahresüberschüsse – Staatliche Einnahmen sind ausreichend vorhanden –

Fazit: Kommunen wie Ruppichteroth „erwarten und warten“ auf die gerechte Verteilung der Steuereinnahmen durch Bund und Land!

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede von Bürgermeister Mario Loskill in der Sitzung des Gemeinderates am 9. März 2017

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gemeinsam mit Kämmerer Heribert Schwamborn lege ich Ihnen, liebe Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorsteher, sowie den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Ruppichteroth, zum vierten Mal in Folge einen Doppelhaushalt vor – diesmal für die Jahre 2017 und 2018.

Die bekanntermaßen kleine Verwaltung mit dünner Personaldecke hat es wieder einmal geschafft, einen Doppelhaushalt so vorzulegen, dass dieser mit seiner Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2023 durch die Kommunalaufsicht grundsätzlich genehmigungsfähig ist.

Dies ist nur möglich durch eine Gemeindevorwaltung mit Bürgermeister und Kämmerer und jedem einzelnen Beschäftigten, die wirtschaftlich denken und arbeiten. Ich versichere Ihnen, dass wir so handeln und weiterhin Ideen zur Haushaltsskonsolidierung entwickeln werden. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter weiß die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde richtig einzuschätzen und erarbeitet leider notwendige Einnahmeverhöhung, aber auch Ausgabenreduzierungen. Als aktuelles Beispiel sei hier das Bröltal-Bad genannt, in der die Verwaltung nach dem Haushaltssicherungskonzept die Erhöhung der Eintrittspreise vorschlägt, aber auch bereits die Öffnungszeiten um vier Stunden reduzierte, um gleichzeitig Ausgaben zu senken. Diese Vorschläge benötigen die Unterstützung durch den Gemeinderat und die von ihm vertretenen Bürgerinnen und Bürger, die letztlich Einsparungen und notgedrungen Steuererhöhungen aber auch Leistungsreduzierungen mittragen müssen.

Wieder einmal war es uns wichtig entsprechend den bisherigen Vorgaben im Haushaltssicherungskonzept die moderaten Erhöhungen bei den Gemeindesteuern, insbesondere bei der Grundsteuer B, vorzusehen. Mit der Realsteuerhebesatzsatzung mit Wirkung zum 1. Januar 2017 haben sie im Gemeinderat bereits einen wichtigen Schritt zu Beginn des Jahres mitgetragen.

Die Haushaltsjahre 2017 und 2018 bieten mit Defiziten von rund 2.800.000 Euro und rund 1.900.000 Euro nichts Erfreuliches. Der Weg zum negativen Eigenkapital ist ohne Unterstützung von Bund und Land vorgezeichnet; es verbleibt im Jahre 2023 gerade einmal ein Betrag in Höhe von rund 380.000,- Euro. Das Ergebnis ist natürlich schockierend und mehr als betrüblich, Resignation stellt sich dennoch bei mir nicht ein; darf es zu Recht in meiner Position auch nicht. Wir können Dank aktueller und künftiger Förderprogramme Zuschüsse – hier sei an dieser Stelle beispielhaft der vorgesehene Anbau der Grundschule Winterscheid über „Gute Schule 2020“ genannt – sowie eigener Sparmaßnahmen und Mitarbeit von vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern im Rat der Gemeinde Maßnahmen beschließen, einleiten und bereits umsetzen. Dennoch bin ich nicht blauäugig – denn wir müssen ehrlich und offen bleiben – viele Spielräume lassen sich im Doppelhaushalt „mangels Masse“ nicht darstellen. „Wir“, das heißt Bürgermeister, Rat, Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger müssen dennoch „Erfinderisch“ bleiben und mit weiterem Sparwillen, Zuschüssen, Sponsoren und viel ehrenamtlichem Engagement die Gemeinde Ruppichteroth nach vorne bringen.

„Eine große Bitte an alle Beteiligten: Machen wir uns Mut und wir müssen auch mutig bleiben“!

Mutig müssen wir auch gegenüber Bund und Land bleiben, damit mehr Gerechtigkeit in die Verteilung der Finanzmittel in unserem vertikalen Staatsaufbau kommt. Wir können aus meiner Sicht selbstbewusst äußern, dass wir unsere Hausaufgaben bisher und künftig überwiegend erledigt haben bzw. erledigen werden.

Dies muss endlich durch die übergeordneten Institutionen monetär honoriert werden. Die Förderprogramme sind gut und schön, vor allem vor Wahlen! Aber es verbleibt zumeist ein Eigenanteil der Kommune von 10 bis 40 Prozent. Welche Förderung gibt denn eine 100-prozentige Bezugsschussung vor? Eher selten, meine Damen und Herren!

Der Gemeinde Ruppichteroth fehlten in den letzten Jahren trotz aller Anstrengungen am Ende des Jahres Mittel in Höhe von jährlich 2.000.000 bis 3.000.000 Euro, also ein strukturelles Problem.

Wir Räte und Bürgermeister müssen die aktuellen und künftigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten auffordern, mehr für den Ausgleich von Defiziten der Kommunen zu unternehmen. Es müssen echte harte Euros hier in einer ländlichen Flächenkommune endlich ankommen. Bund und Land müssen nicht nur vor der Wahl Lippenbekenntnisse abgeben, sondern müssen ihre Lippen nach der Wahl nicht nur schminken, sondern mit finanziellen Hilfestellungen an die Träger der Demokratie, die Kommunen, ausschmücken. Auf Deutsch: Keine Schminke, sondern Knete bitte!

Entfiel die Jugendamtsumlage der Gemeinde Ruppichteroth im Jahre 2017 in Höhe von rund 3.600.000 Euro wäre die Gemeinde bei einem geplanten Defizit in Höhe von 2.900.000 Euro deutlich im Überschuss. Ich sehe die Finanzierung nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch aus gesellschaftlichen, bundespolitischen Gründen ausschließlich beim Bund. Dies wäre eine echte Entlastung, die uns mehr als weiterhelfen würde. Es wäre, so glaube ich, zu einfach für unseren Staat, sich einmal einen Zacken aus der Krone brechen zu lassen, um wirklich den Kommunen zu helfen. Die Kommunen sind aus meiner Sicht verfassungsrechtlich und gesamtstaatlich nicht dafür da, solche Kosten der Kinder- und Jugendhilfe zu tragen. Hier wurde einfach nach unten delegiert, was ja am einfachsten ist, um seinen eigenen Bundeshaushalt und ggf. Landeshaushalt ausgeglichen zu haben. Jetzt bietet sich eine altbekannte Phrase an, die ich mir jetzt Ihnen und mir erspare.

Die Erfüllung von Pflichtaufgaben wie die Bereitstellung eines gut funktionierenden Straßen- und Wegenetzes erhöht auf der Aufwandsseite das Defizit. Ein weiterer großer Aufwandsblock stellen bekanntlich die Allgemeine Kreisumlage und die Jugendamtsumlage dar. Hier ist fair anzuführen, dass der Kreistag leicht gesenkt hat und der Gemeinde natürlich in diesem Jahr helfen wird. Aber in den kommenden Jahren wird auch diese Umlage wieder ansteigen, da die Kosten des Sozialstaates (z.B. AIG II) den Rhein-Sieg-Kreis ebenfalls schwer belasten und an die Kommunen weiterreichen müssen. Bei der Jugendamtsumlage muss auch die Fairness gegenüber dem Jugendamt attestiert werden. So werden vom Kreisjugendamt die investiven Gruppenerweiterungen abzüglich der Landeszuschüsse über den Kreishaushalt finanziert. Dies stellt sich für die acht Mitgliedskommunen finanziell tragbarer dar als die reine Finanzierung über den gemeindlichen Haushalt.

Im Ergebnis können Sie dem Haushaltsentwurf entnehmen, dass wir mit den Investitionen auch Dank der Förderprogramme von Bund und Land in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen bei den Kindergärten und Schulen nachhaltig investieren. Die Investitionsliste „Förderprogramm Gute Schule 2020“ ist nur ein Beispiel dafür! Es werden auch eigene Haushaltsmittel für die bauliche Ertüchtigung und mediale Ausstattung der Kindergärten bzw. der Schulen bereitgestellt. Neben der erfolgreichen Erweiterung der Sekundarschule schlagen wir weitere Investitionen für unseren Nachwuchs und deren Familien vor!

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass im Jahr 2017 bei den bereinigten Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 5 % zu verzeichnen ist. Neben den üblichen tariflich bedingten Gründen durch neue Tarifabschlüsse und der neuen Entgeltordnung mussten wir, wie Sie im Gemeinderat wissen, weiteres Personal für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge einstellen. Nur die auf Grund der dünnen Personaldecke zwingend notwendigen Personaleinstellungen zur Erledigung von Pflichtaufgaben wie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz habe ich in der Vergangenheit vorgenommen und werde ich mit Ihrer Unterstützung auch künftig nur vornehmen.

Aufgrund der weiterhin angespannten Personalsituation bitte ich den Gemeinderat meinen vorgelegten Stellenplan, der auch die Übernahme von zwei Auszubildenden vorsieht, mit zu tragen. Wichtig ist der Hinweis, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern bei den Einstellungen der beiden Auszubildenden bereits berücksichtigt wurde. Die Übernahme dient der Sicherstellung einer bürgernahen und leistungsfähigen Verwaltung. Gerade im Hinblick auf den sich in den nächsten Jahren einstellenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst bin ich auf den hier „selbst“ ausgebildeten Nachwuchs angewiesen. Eine Rekrutierung von Fachpersonal durch externe Stellenausschreibungen wird in der öffentlichen Verwaltung zunehmend schwieriger.

Zur Sicherstellung des gemeindlichen Infrastrukturvermögens und der Verkehrssicherungspflichten sowie zur Minderung der in diesem Bereich drohenden hohen Sanierungskosten steht die Einstellung des Tiefbautechnikers, der gleichzeitig den Bauhof leiten wird, in Kürze an. Darüber hinaus wurde für diesen Aufgabenbereich eine Streckenkontrolleurin eingestellt. Dies ist für unsere Gemeindeentwicklung und Erhaltung unserer Infrastruktur sehr wichtig und entscheidend. Hierfür dient auch die geplante Stelle im Fachbereich 3 „Gemeindeentwicklung und Bauen“, die vor allem Aufgaben der Bauleitplanung und die Abwicklung künftiger Förderprogramme wie VITAL NRW und REGIONALE 2022/2025 beinhalten soll.

Selbstverständlich hätte ich mir die eine oder andere Aufgabe als interkommunale Lösung gewünscht und bitte alle Fraktionen bei künftigen Vorschlägen zur interkommunalen Zusammenarbeit wieder offener zu sein und diese mitzutragen! Dies schafft Synergieeffekte und echte Einsparungen auf der Ausgabenseite!

Ich habe in den letzten Jahren erkennen und erfahren können, dass der Rat der Gemeinde mich durch alle Fraktionen hindurch in meinem Wirken zur Entwicklung der Gemeinde mit wenig Geld unterstützt. Vielen Dank dafür!

Gemeinsam können wir viel für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde erreichen – lassen Sie uns weiterhin zusammen daran arbeiten.

Sicherlich gäbe es noch vieles anzusprechen, aber es soll genug sein. Gemeinsam mit dem Kämmerer lege ich Ihnen einen Doppelhaushalt vor, der auch in der finanziellen Krise einige Lichtblicke und somit Entscheidungsmöglichkeiten für Ihre Tätigkeit im Rat der Gemeinde bietet. Motivation für die Kommunalpolitiker ist genauso wichtig, wie die Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung sowie für unsere Bürgerinnen und Bürger, um sich ehrenamtlich für die Gemeinde zu engagieren.

Auf den Punkt zu kommen: Positiv denken und positiv wirken!!!

Ich bitte die Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorsteher die Haushaltsberatungen so zu führen, dass sie von finanzieller Vernunft geprägt sind. Erneut werbe ich für eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Danken möchte ich ausdrücklich unserem Kämmerer, Herrn Heribert Schwamborn, für seine in diesem Jahr durch die Einarbeitung der verschiedenen Förderprogramme besonders intensive Arbeit an der Zusammenstellung der Zahlen und des Haushaltswerkes. Gleichzeitig bedanke ich mich ausdrücklich beim „Haushaltsteam der Kämmerei“, Frau Ingrid Sandvoß, Frau Claudia Winkler und Frau Heike Nörderhäuser, für die vorbildliche kompetente in hohem Maße geleistete Arbeit an der Erstellung des Doppelhaushaltes. Ebenso gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Ermittlung der wichtigen Zahlen und Daten mitgewirkt haben.

Abschließend bleibt mir bei meinem nunmehr vierten eingebrachten Doppelhaushalt der Wunsch einer erneut guten und sachlichen Beratung in den Ratsfraktionen. Gemeinsam mit dem Kämmerer stehe ich Ihnen gerne für Rückfragen in den Haushaltsberatungen zur Verfügung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Mario Loskill
Bürgermeister

PS: Nun wird Sie unser Kämmerer, Heribert Schwamborn, über weitere Details des Doppelhaushaltes 2017/2018 informieren.